

Zug, 19. März 2022

Krieg in der Ukraine: Unternehmen in Zug sollen Verantwortung übernehmen

Die Situation in der Ukraine ist eine menschliche Tragödie und wir verfolgen mit grosser Bestürzung das Kriegsgeschehen. Die FDP.Die Liberalen Zug sorgt sich um die Menschen in der Ukraine und um die Flüchtlinge. Dieser Krieg verlangt eine grosse Solidarität durch unbürokratische und humanitäre Hilfe für die notleidenden Menschen. Wir rufen russische Unternehmen auf, sich vom Angriffskrieg der russischen Regierung zu distanzieren. Die Zuger Regierung soll die vom Bund beschlossenen Sanktionen konsequent umsetzen und die kantonalen Institutionen auf die Flüchtlingswelle vorbereiten.

Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig funktionierende Institutionen auch in Krisensituationen sind. Wir sind erfreut, dass die Direktion des Innern unter der Leitung des Regierungsrates Andreas Hostettler, die Dramatik der Lage früh erkannt hat und geeignete Unterkünfte im Kanton bereitstellt. Ebenso begrüssen wir die schnelle Einrichtung der Kontaktstelle «Ukraine-Hilfe» des Kantons.

Der russische Angriff auf die Ukraine ist eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes. Das Recht wird mit Füßen getreten. Wir rufen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts sowie zur Einhaltung des Völkerrechts, namentlich des humanitären Völkerrechts auf. Insbesondere die in Zug ansässigen, russischen Unternehmen sind gefordert. Viele Unternehmen sind im Kanton Zug ansässig weil der Kanton Zug liberal ist und auf klaren rechtlichen Grundlagen basiert. Sie müssen jetzt Verantwortung übernehmen, indem sie sich von diesem völkerrechtswidrigen Akt distanzieren und ihren Beitrag zur friedlichen Lösung dieses Konflikts leisten.

Wir nehmen Partei für die notleidenden Menschen

Mit diesem Aufruf ergreifen wir Partei für die notleidenden Menschen, aber nicht für einer Kriegspartei. Die Schweiz ist und bleibt neutral. Wir weisen zudem darauf hin, dass nicht nur Ukrainer, sondern auch Russen unter den direkten und indirekten Auswirkungen dieses Krieges leiden. Viele Russen sind nicht mit dem Angriffskrieg der russischen Regierung einverstanden, jedoch getrauen sie sich kaum – auch nicht in der Schweiz – öffentlich zu protestieren. Wir möchten unseren russischen Mitbürgerinnen und Mitbürger Mut zusprechen. Bei uns herrscht Meinungsfreiheit!

Wirtschaftliche Folgen für Zug

Die FDP.Die Liberalen Zug macht sich auch Sorgen um die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Krieges im Kanton und in der ganzen Schweiz. Die für unsere Wirtschaft wichtige Erholung von der Pandemie wird gebremst. Der Kanton Zug ist stärker mit Russland und der Ukraine verflochten als die meisten anderen Kantone und wird die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges direkt zu spüren bekommen. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns auf, wie wichtig stabile Kantonsfinanzen und eine breit diversifizierte Wirtschaft sind.

Die jüngste Aufwertung des Schweizer Frankens trägt zwar dazu bei, den Preisdruck der ansteigenden Rohstoffpreise in der Schweiz zu begrenzen, trotzdem muss von einer höheren Inflation ausgegangen werden. Ebenso verteuert der starke Franken unsere für den Export bestimmte Produkte und Dienstleistungen für ausländische Abnehmer, was wiederum die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen schwächt. Die Innovationskraft unserer Unternehmen wird künftig noch wichtiger werden und wir müssen deshalb den Werkplatz Zug mit Weitsicht stärken.

Energie: Diversifizierung und Eigenversorgung

Die jetzige Situation bestätigt die politische Stossrichtung der FDP. Die Liberalen Zug mit Ihrer Initiative «JA zur sicheren Stromversorgung». Darin fordern wir eine eigenständige, unabhängige und lastgerechte Elektrizitätsversorgung. Kurzfristig bleibt uns nur die Möglichkeit, die Bezugsquellen von Öl und Erdgas möglichst breit zu diversifizieren.

Um unsere Abhängigkeit der Gas- und Öllieferungen aus Russland langfristig zu minimieren, gilt es sicherzustellen, dass die Dekarbonisierung vorwärtskommt. Dies gelingt uns aber nur, wenn wir über genügend Elektrizität verfügen. Schon vor dem Ukraine-Krieg war allgemein bekannt, dass ab 2025 eine Strommangellage droht. Der Krieg in der Ukraine verschärft diese Situation noch weiter.

Grüne und Grünliberale verhindern die Diversifizierung

Wir stellen mit Bedauern fest, dass Exponenten von Grün und Grünliberal mit ihren Verbänden mittels Einsprachen gegen mehrere Elektrizitätsproduktionsanlagen (zum Bsp. Staumauer Grimselpass oder verschiedene Windkraftwerke) eine klimafreundliche inländische und CO₂-freie Versorgung der Schweiz mit Strom bremsen. Eine CO₂-freie und von der fossilen Energie unabhängige Gesellschaft und Wirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn wir über genügend Strom verfügen!

Kontakte für Medienanfragen:

Cédric Schmid, Präsident, 079 787 32 37

Michael Rohrer, Vizepräsident, 079 417 42 71